



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 23.08.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 28. August 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. **Genehmigung der Niederschrift**

2. **12-A-21-0002**

Gespräch mit der Tauhid-Gemeinde Wiesbaden

3. **12-F-33-0089**

Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 09.07.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Auswirkungen das neue Bundesmeldegesetz, welches am 28. Juni vom Bundestag beschlossen wurde, für die Landeshauptstadt Wiesbaden, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger, haben könnte.

4. 12-F-33-0090

Vorklärung zur eventuellen Einrichtung einer ‚papierlosen Rathauses‘
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 12.07.2012 -

Die Stadt Duisburg hat laut Pressebericht vom 10.07.2012 (FAZ) probeweise ein ‚papierloses Rathaus‘ als einjähriges Pilotprojekt beschlossen. Unsere Nachbarstadt Frankfurt/M erwägt demselben Pressebericht gemäß, es der Stadt Duisburg gleich zu tun. Von erheblichen Kosteneinsparungen ist die Rede.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu klären, wie viele Stadtverordnete und Magistratsmitglieder ein ‚papierloses Rathaus‘ akzeptieren würden,
- darzulegen, wie eine elektronische Hardwareausstattung der Mandatsträger und der Magistratsmitglieder ggf. aussehen müsste und welche Kosten dafür insgesamt entstünden,
- eine Schätzung vorzunehmen, in welchem Umfang Einsparungen bei Einführung eines ‚papierlosen Rathauses‘ durch den Wegfall des Printmaterials erzielt werden könnten.

5. 12-F-03-0097

Ausstellung "Opfer rechter Gewalt"
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 20.08.2012

Die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt“ basiert auf öffentlich zugänglichen Informationen, vor allem auf Zeitungsartikeln. Sie dokumentiert das Bild, das sich die Gesellschaft von den Opfern rechter Gewalt gemacht hat: Manche Fälle führten zu öffentlicher Empörung oder waren Anlässe politischer Kontroversen; von vielen der Toten jedoch wurde nie ein Foto veröffentlicht, von manchen noch nicht einmal ihre Namen.

„Den Opfern einen Namen geben“ wollten die beiden Tageszeitungen „Frankfurter Rundschau“ und „Der Tagesspiegel“ als sie am 14. September 2000 eine Chronik von 93 Opfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlichten. Auf diese Chronik greift die Ausstellung maßgeblich – nicht ausschließlich – zurück. Die Chronik entfachte einen politischen Streit, weil das Bundesinnenministerium im gleichen Zeitraum nur 24 Todesfälle durch rechte Gewalt registriert hatte.

Die Ausstellung ist eine wichtige Informationsquelle zu dem Thema „Rechte Gewalt“ und sollte auch in Wiesbaden von möglichst vielen Menschen wahrgenommen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Die Ausstellung umfangreich zu bewerben.
2. Zu prüfen, ob eine finanzielle Unterstützung des Projekts, das vom AMS nach Wiesbaden geholt wurde, möglich ist.

6. 12-F-08-0087

WLAN an öffentlichen Plätzen - Beschluss Nr. 0107 vom 6.12.2011 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Antrag Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

Der Magistrat wird höflich gebeten, einen Zwischenbericht zum Prüfantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vom 6.12.2011 zu geben.

7. 12-F-03-0098

Abgeordnetenwatch
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 20.08.2012 -

Am 28.8.2012 startet 'abgeordnetenwatch.de' auf kommunaler Ebene auch in Wiesbaden. Dieses Projekt hat sich auf Bundes- und Landesebene bewährt und ist daher auch auf kommunaler Ebene zu unterstützen, bzw. zu nutzen, um eine bessere Verbundenheit zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen zu erreichen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
die Seite 'abgeordnetenwatch.de'(/Wiesbaden) auf der Homepage der Stadt Wiesbaden zu verlinken.

8. 12-F-08-0088

Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag
- Antrag von Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

Informationelle Selbstbestimmung heißt, dass Menschen über Ihre persönlichen Daten verfügen können. Sie können entscheiden, wem sie sie geben und wem nicht. Die Weitergabe durch die Einwohnermeldeämter ist demnach eine Missachtung der Informationellen Selbstbestimmung und beraubt die Bürger_innen der Möglichkeit, Kontrolle über die Weitergabe der persönlichen Daten zu behalten.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, dass ab sofort das Einwohnermeldeamt keine personenbezogene Daten von Bürgerinnen und Bürgern mehr an Dritte weitergibt.

9. 12-F-08-0089

Grabsteine aus Kinderhand
- Antrag von Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

Auf den Friedhöfen Wiesbadens findet man die unterschiedlichsten Grabsteine. Alle bearbeitet von Wiesbadener Steinmetzen. Diese kaufen das Rohmaterial Stein von verschiedenen Importeuren, die ihrerseits auf dem Weltmarkt Steine kaufen. Diese Steine werden in unterschiedlichsten Regionen abgebaut. Da auch bei Steinen ein großer Preiskampf herrscht, werden auf den Steinbrüchen oft Hungerlöhne bezahlt und Kinder beschäftigt.

In Deutschland gibt es mittlerweile drei Gütesiegel, die die Herkunft der Steine und einen fairen Handel garantieren sollen. Verschiedene Länder haben bereits Gesetze verabschiedet, die das Aufstellen von durch Kinderarbeit hergestellte Grabsteine auf Gemeindefriedhöfen verbieten. Im Zuge der Fair Trade Kampagne sollte Wiesbaden auch hier Flagge zeigen, auch wenn es leider in Hessen ein solches Gesetz noch nicht gibt.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu Berichten, ob diese Problematik der Verwaltung bekannt ist.
2. Das Thema durch eine Informationskampagne (z.B.: Informationsbroschüre auf Friedhöfen und in Bestattungsinstituten) in der Öffentlichkeit bekannt zu machen um auf die Problematik von durch Kinderarbeit hergestellte Grabsteine hinzuweisen.
3. Zu prüfen ob es möglich ist, eine Aufstellung von nicht zertifizierten Grabsteinen auf Wiesbadener Friedhöfen zu unterbinden (z. B. durch eine Änderung der Friedhofssatzung).
4. Sich im Verbund mit anderen Gemeinden Hessens dafür einzusetzen, dass auch in Hessen ein solches Aufstellungsverbot auf den Weg gebracht wird.

10. 12-F-33-0010

Fußballaustausch mit Biarritz
- Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2012 -

ANLAGE

11. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

ANLAGE

12. 12-V-12-0007

DL 30/12-3, 29/12-3

Repräsentative Migrantenbefragung zu Mediennutzung und Kommunikationsverhalten

13. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

ANLAGE

14. Bericht der Dezernentin

15. 12-V-07-0007 **DL 25/12-3**

Fortführung des suchtpräventiven Angebotes im Kulturpark: Mobiles Kontaktcafé

16. 12-V-33-0003 **DL 27/12-11**

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

17. 12-V-30-0008 **DL 26/12-4**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

18. 12-V-30-0009 **DL 27/12-8**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Mainz-Kastel/Amöneburg

19. 12-V-30-0010 **DL 27/12-9**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke Wiesbaden I, II und III.

20. 12-V-30-0011 **DL 27/12-10**

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für die Schiedsamsbezirke Wiesbaden I, II und III

21. 12-V-30-0012 **DL 28/12-2**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Mainz-Kostheim

22. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 28. August 2012

Vorsitzender